

Der Nord-Süd-Gipfel von Cancun ist die Erfindung von Willy Brandt. Liefert der Bericht, der seinen Namen trägt, das richtige Rezept für eine gerechte Entwicklungspolitik?

# Mit Klischees gegen die Armut

Der Brandt-Report: moralisch mustergültig, intellektuell unstritten, politisch fragwürdig

Von Josef Joffe

„Bestimmt kann niemand von sich behaupten, daß er das komplizierte Problem der Armut wirklich versteht. Wir sind alle noch dabei, zu lernen.“

Robert S. McNamara, Präsident der Weltbank, 30. September 1980

Der Bericht wurde in ein Dutzend Sprachen übersetzt. In England wurde er zum Bestseller. Der *Vorwärts* nannte ihn „eindrucksvoll“, die *London Times* erhob ihn gar zu einem „Grundlagen-Dokument der Dekade“.

Inzwischen ist das 380-Seiten-Dokument der „Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen“ tatsächlich zu einer Art „Grundlage“ geworden: für das Nord-Süd-Gipfeltreffen von Cancun. In dieser Woche (am Donnerstag und Freitag) versammeln sich 20 Staats- und Regierungschefs in dem mexikanischen Badeort — zwar ohne Tagesordnung und ohne Willy Brandt, aber doch im Sinne des daheimgebliebenen Vorsitzenden.

Datum

„Ein solches Gipfeltreffen“, so die Empfehlung des im Februar 1980 veröffentlichten *Reports*, „sollte sich auf etwa 25 Persönlichkeiten beschränken“ und „Initiativen und Zugeständnisse kühn und unvoreingenommen“ ausarbeiten. Die kleine Schar „verantwortlicher Politiker aus Industrie- und Entwicklungsländern“ könnte „das internationale Klima ändern“, den „gegenwärtigen Stillstand“ durchbrechen. Denn, so Brandt: „Die Luft ist stickig von Alibi-Argumenten, die Nichtstun entschuldigen wollen.“

Wie es richtig gemacht werden soll, verrät der Bericht den Cancun-Reisenden auf seinen 380 kleingedruckten Seiten. Sind seine Argumente besser als die Alibi-Analysen, hinter denen sich westliche Selbstsucht und Blindheit verstecken?

„An diesem Bericht herumzunörgeln“, schrieb jüngst der britische Entwicklungsexperte Dudley Seers, „erscheint fast so engherzig wie eine Attacke gegen die Arbeit des Internationalen Roten Kreuzes.“ In der Tat sind die Motive und Ziele

der Kommission jenseits aller Kritik. Es ging ihr um Frieden, Wohlstand und Gerechtigkeit für alle — für Arm und Reich, Nord und Süd. Aber es ging den 18 Mitgliedern, darunter vier Ex-Premiers, nicht nur um hehre Visionen, sondern auch um ein konkretes Programm. Es ging ihnen um die Ursachen millionenfacher Armut und um den rechten Weg aus der weltweiten Misere.

Die Probleme beginnen jenseits der mustergültigen Gesinnung — dort, wo der gute Wille scheinbar unbeschwert von konträren Fakten und Erkenntnissen zur guten Tat strebt. Grob vereinfacht, gehorcht der Bericht dem folgenden Dreiklang:

- Die Armen werden immer ärmer, die Reichen immer reicher.
- Hauptsache des wachsenden Gefälles ist ein unfaires Weltwirtschaftssystem, das die Herrschaft des Nordens über den Süden vorwegt.
- Hauptinstrument der Gerechtigkeit ist nicht nur die Reform des Systems, sondern die massive

Umverteilung von Ressourcen: „Der Süden braucht vor allem Kapital.“

I.

Zu den unausrottbaren Klischees der Entwicklungsdebatte gehört, daß die Einkommenskluft zwischen Nord und Süd immer breiter wird. Im Brandt-Report wird diese Erkenntnis zur ehernen Gewißheit, die keiner Prüfung mehr bedarf. Denn: „Im weltweiten Rahmen wie auch innerhalb der Nationen fördern Wirtschaftskräfte, die man völlig sich selbst überläßt, eine Entwicklung zur größeren Ungleichheit.“ Zwar wären „einige Entwicklungsländer“ gegen den Strom geschwommen, aber „für die meisten von ihnen hat die Strömung sich als zu stark erwiesen“. Während der Norden nach dem Zweiten Weltkrieg einen „beispiellosen“ Aufschwung erlebte, gab es Wachstum nur in „Teilen der Dritten Welt“.

Hunger und Elend lassen sich zwar mit Statistiken nicht beiseite wischen und erst recht nicht

lindern. Freilich wäre es für die Präzision des Nord-Süd-Dialogs hilfreicher gewesen, wenn der Bericht der „Unabhängigen Kommission“ im Gegensatz zu seinem legendären Vorgänger, dem *Pearson Report* von 1969, nicht gänzlich auf Zahlen, Tabellen und Fußnoten verzichtet hätte.

E67600

Quelle

Denn was hier halb behauptet, halb suggeriert wird, entspricht nicht ganz den Tatsachen.

Erstens ist der Abstand zwischen Nord und Süd bei weitem nicht so groß wie er in den offiziellen Verlautbarungen erscheint. Eine inzwischen berühmte Zahl besagt, daß der Norden 13mal „reicher“ ist als der Süden. Nur: Der wirkliche Lebensstandard der Entwicklungsländer ist bedeutend höher als die internationalen Einkommensstatistiken glauben lassen. Verläßt man sich auf reale Kaufkraft an Stelle von zumeist künstlichen Währungsparitäten, berücksichtigt man ferner, daß ein Großteil der Güter im

Süden für den Eigenverbrauch produziert wird (und deshalb nicht in den Statistiken auftaucht), dann halbiert sich der Abstand. Nach einer großangelegten (von der UN geförderten) Untersuchung des Entwicklungsökonom Irving Kravis schätzt nun die Weltbank, daß das reale Pro-Kopf-Einkommen in den Entwicklungsländern außerhalb der Opec bei 1700 Dollar liegt — und nicht bei den 790 Dollar, die sich aus konventionellen Berechnungen ergeben.

Zweitens ist wohl wahr, daß die Industrieländer in den letzten drei Jahrzehnten zügiges Wachstum zeigten. Trotzdem wurden sie dabei von den Entwicklungsländern übertroffen: im Durchschnitt mit 5,5 (Süd) gegenüber 4,2 Prozent (Nord). „Für dieses Tempo“, schreibt der Kieler Entwicklungsexperte Juergen Donges, „gibt es keine historischen Vergleiche, auch nicht unter den heutigen Industrieländern, als diese noch Entwicklungsländer waren.“

Erst beim Pro-Kopf-Einkommen kehrt sich das Verhältnis — wenn auch minimal — gegen die Dritte Welt: Es stieg nur um drei Prozent im Vergleich zu 3,2 Prozent im industrialisierten Norden — arithmetische Folge der Bevölkerungsexplosion in Afrika, Asien und Lateinamerika, die wiederum auf den Import des medizinischen Fortschritts aus dem Westen beruht.

Zeugt weniger, wer mehr besitzt? Leitet Entwicklung einen „Engelskreis“ ein, in dem steigender Wohlstand fallende Geburtenraten schafft — und diese wiederum wachsendes Pro-Kopf-Ein-

kommen? Da dies dem Brandt-Report vorzüglich ins Konzept paßt, suggeriert er ein vages „Ja“. „Viele Länder haben bewiesen, daß schon die wirtschaftliche und soziale Entwicklung selbst zur Begrenzung des Bevölkerungswachstums beiträgt.“ Andererseits: „In vielen reicheren Entwicklungsländern“ blieben die Geburtenraten „hoch“. Die Antwort bleibt zu Recht wolkig, denn die Fakten sind leider nicht modellgemäß. Der Konnex zwischen Volkseinkommen und -vermehrung ist allenfalls ein sehr lockerer. Tradition, Religion und Ideologie fallen beim „generativen Verhalten“ schwerer ins Gewicht als der Zustand der nationalen Wirtschaft — dies um so mehr, als Geburtenkontrolle in so manchem Dritt-Welt-Land als kaschierte westliche Waffe gilt, die auf

die Schwächung der „völkischen Substanz“ ziele. Das lapidare Resümee des Londoner Volkswirtschaftlers Peter T. Bauer: „Fruchtbarkeit in den Entwicklungsländern hängt nicht schlicht vom Einkommen... ab. Die Aneignung westlicher Verhaltensweisen mag die Menschen dazu führen, die Zahl ihrer Kinder zu begrenzen.“ Hohes Einkommen allein aber reiche nicht aus,

Datum

schreibt er seinem neuesten Buch *Equality, the Third World and Economic Delusion* (1981).

II.

Ein zweites Klischee, ebenfalls zur a priori Gewißheit stilisiert, betrifft das Weltwirtschaftssystem. Wo früher der westliche Imperialismus seine Herrschaft mit gepanzerter Faust verteidigte,

bezwinge er die Dritte Welt jetzt mit schierer wirtschaftlicher Macht — sparsamer und subtiler zwar als zu Zeiten des Kolonialismus, aber nicht minder gewinnbringend und ausbeuterisch.

Der Brandt-Report stößt in das gleiche Horn: Das System habe „zur Lähmung der Entwicklungsbestrebungen des Südens beigetragen“. Auf Grund ihrer wirtschaftlichen Stärke „beherrschen nördliche Länder das internationale Wirtschaftssystem — seine Gesetze und Regeln und seine internationalen Institutionen für Handel, Währung und Kapital“. Der Norden — Staaten wie Firmen — leitet aus seiner „wirtschaftlichen und auch militärischen Stärke die Macht“ ab, die „Weltwirtschaft im beträchtlichen Maße zu seinen Gunsten zu lenken“.

Selbst die eifrigsten Vorkämpfer des Neo-Liberalismus können derlei Anklagen nicht einfach als Propaganda beiseite schieben. Schon die ideologischen Urväter des Kapitalismus wie Adam Smith wußten: Die Kräfte des vielgepriesenen Marktes erlahmen, wo ökonomische Übermacht herrscht, wo die Großen den Kleinen Preise und Produktion diktieren können.

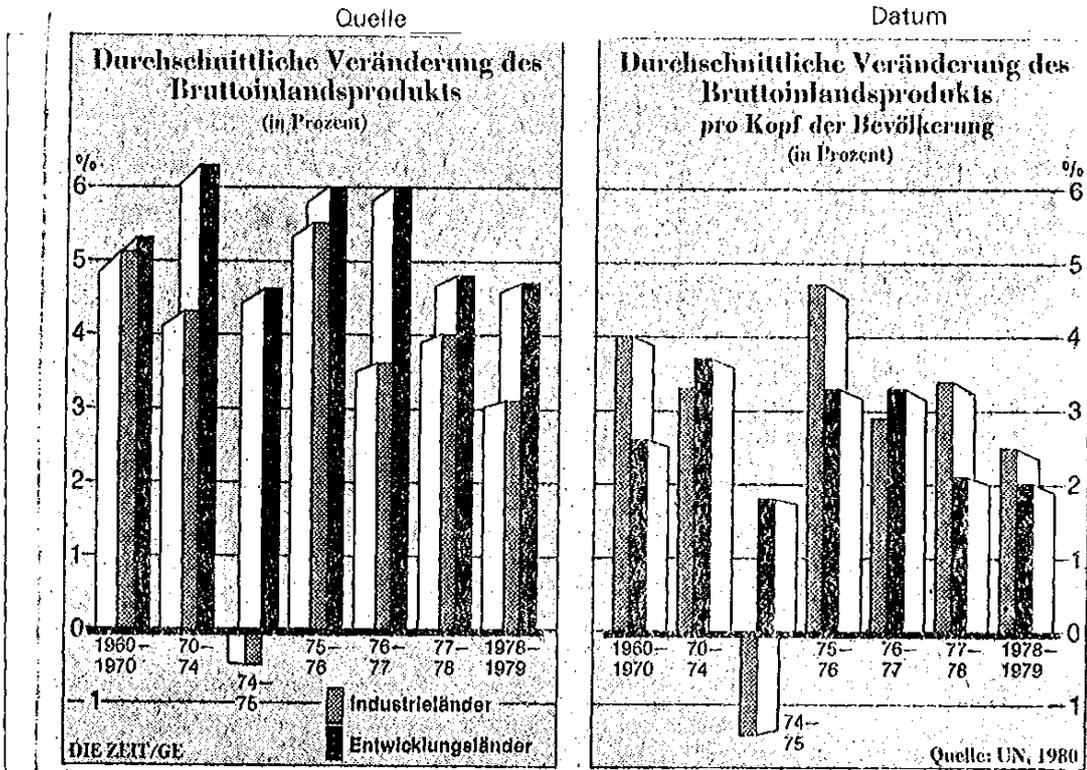
Nur: Wenn die Dritte Welt im Würgegriff der Ersten steckt, wenn das „System“ grundsätzlich die „Entwicklungsbestrebungen des Südens lähmt“, warum waren dann manche Entwicklungsländer so viel erfolgreicher als andere? Wachstumsraten in Ostasien und im Pazifik sind

zwei bis dreimal höher als in Afrika oder Süd-Asien. Zum Beispiel: Von 1960 bis 1975 stieg Indiens Bruttosozialprodukt um jährlich 3,3 Prozent (im Durchschnitt), das von Taiwan und Südkorea aber um neun Prozent; Ägypten verzeichnete ein Wachstum von 4,2 Prozent, Malaysia von 7,7 Prozent. Selbst in ein und derselben Region herrschen verblüffende Unterschiede. In den siebziger Jahren wuchs die Wirtschaft der Dominikanischen Republik um durchschnittlich sieben Prozent, während Jamaika gar zurückfiel (minus 0,7 Prozent).

Es kann also nicht nur am „System“ liegen, wenn der Entwicklungsweg so mancher Länder in der Sackgasse endet. Hätten die „Ausbeutungstheoretiker“ recht, müßten gerade jene Länder am stärksten darben, die sich den Multis und dem Welthandel ausgeliefert haben. Das Gegenteil ist eher der Fall. Länder wie Burma und Tansania, die auf Autarkie und Abkopplung setzten, zeigten während der letzten 20 Jahre allenfalls marginales Wachstum (1,1 bzw. 2,3 Prozent). Die ostasiatische „Viererbande“ Hongkong, Südkorea, Singapur und Taiwan, Horte westlichen Kapitaleports, konnten dafür mit Wachstumsraten von sieben und mehr Prozent protzen.

Spanien war bis 1959 Entwicklungsland par excellence: abgeschottet, abgewirtschaftet und am Rande des Bankrotts. Seit seiner „Öffnung“

E 676C03



E 67600

vor 20 Jahren wächst die Wirtschaft kontinuierlich — im Durchschnitt um knapp fünf Prozent. Das eindringlichste Lehrbeispiel ist Singapur: Zwar stammen neun Zehntel seiner Exporte aus „fremdbestimmten“ Unternehmen. Dennoch ist Singapur, aller Ausbeutung zum Trotz, das zweitreichste Land Ostasiens (nach Japan).

Es kann auch nicht am „System“ liegen, wenn Uganda — einst die „Perle Afrikas“ (Winston

Churchill) — heute zum Armenhaus geworden ist. Die Erklärung liefert nicht die internationale Wirtschaft, sondern die hausgemachte Politik. Erst würgte Idi Amin den blühenden Handel ab, indem er die asiatische Händlerklasse vertrieb; dann errichtete er ein Terrorregime, dem Zehntausende zum Opfer fielen; schließlich provozierte er einen Krieg mit Tansania. Die „Befreier“ stürzten zwar 1979 den Diktator, blieben aber als Soldateska im Land, das weiterblutete. Im vorigen Jahr verhungerten 20 000 Menschen in Uganda, einer der fruchtbarsten Regionen des afrikanischen Kontinents.

Hier hat nicht „Massenarmut zu Krieg geführt“, wie Willy Brandt im Vorwort des *Reports* pauschal vermutet, sondern der Krieg zu Massenarmut. Gewiß, für den Preis eines modernen Panzers könnten 1000 Klassenräume für 30 000 Schüler gebaut werden, wie Brandt in einem eindringlichen Beispiel zu Recht moniert. Doch der Rüstungswahnsinn ist — leider — nicht nur westliches Zivilisationsgut. Zwar inve-

stieren die Nord-Länder dreimal mehr für Wehr und Waffen als der Süden, doch die Süd-Staaten rüsten schneller. Zwischen 1969 und 1978 haben die Entwicklungsländer ihren Wehretat um 62 Prozent hochgetrieben, im Norden stieg er nur um acht Prozent (siehe Graphik). Wurde die Dritte Welt dazu von den Waffenproduzenten „verleitet“ (Brandt-Vorwort)? Oder hätte die Kommis-

sion auch erkennen müssen, daß es keine Lieferanten ohne Käufer gibt? Der Bericht hat die Verantwortung für die weltweite Misere allzu einseitig auf die Schultern des Nordens verteilt.

III.

Dritte Kernthese der Kommission ist die Profitgemeinschaft zwischen den Armen und den Reichen: Wer gibt, gewinnt. „Vor allen Dingen glauben wir, daß ein Kapitaltransfer großen Stils in den Süden einen entscheidenden Wachstumsimpuls im Süden wie im Norden geben und zur Neubelebung der erlahmenden Weltwirtschaft beitragen kann“.

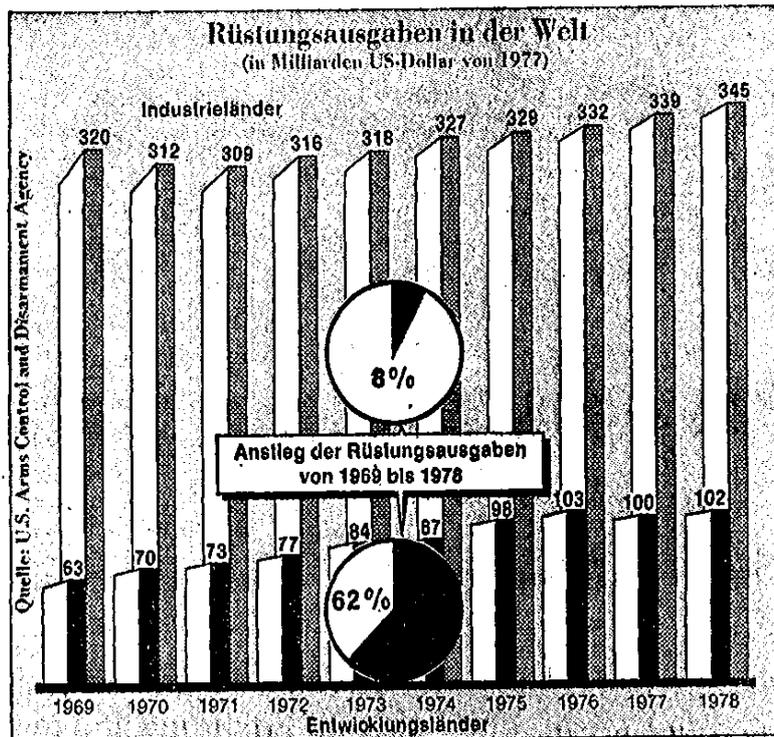
Ein origineller Gedanke, der (westliche) Selbstsucht zur (globalen) Tugend stilisiert — dahinter steckt jedoch bloß ein alter wirtschaftstheoretischer Hut: Keynesianismus im Weltmaßstab. Die Kommission diagnostizierte im Norden Arbeitslosigkeit und ungenutzte Kapazitäten, im Süden Armut und ungestillte Bedürfnisse. Flugs kombinierte sie: Gibt der Norden dem Süden Geld, schafft er einen Exportsog für seine eigenen Güter. Der Kreislauf schließt sich, und beide Seiten prosperieren von einer derart angeheizten Konjunktur.

Der Preis: Anhebung der Nordstaaten-Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent ihres Bruttosozialprodukts bis 1985, auf ein Prozent bis zur Jahrtausendwende. Dadurch würden sich die weltweiten Spenden bis 1985 auf (grob geschätzt) 50 Milliarden Dollar verdoppeln.

Die Kommission geht sogar einen revolutionären Schritt weiter: zur „Automatisierung“ der Entwicklungshilfe durch eine „Abgabe auf den internationalen Handel“. Eine „Welthandelssteuer“ von einem halben Prozent, so kalkuliert die Brandt-Runde, erbrächte einen Ertrag von sieben Milliarden Dollar. Der Vorteil, freilich aus der Sicht des Südens: mehr Unabhängigkeit von den Geberländern, verbriefte Leistungen an Stelle von Betteln, Rente anstatt Almosen.

Quelle

Datum



E676C05

Der kühne Gedanke überzeugt weder politisch noch wirtschaftlich. *Erstens* gibt es bereits eine weltweite „Handelsabgabe“. Ihr Eintreiber heißt Opec. Ihr Ertrag beziffert sich nach Abermilliarden: Bis 1978 hatten die Opec-Länder externe Guthaben in Höhe von 175 Milliarden Dollar angehäuft, ihr Überschuss allein im vergangenen Jahr wird von der Forschungsabteilung der *Morgan Guaranty* auf 90 Milliarden geschätzt. Dagegen steht eine Opec-Entwicklungshilfe von sieben Milliarden im Jahre 1980 (Beitrag des Westens: netto 26 Milliarden Dollar). Schade nur, daß der Brandt-Report derlei Mega-Ressourcen geflissentlich übersehen hat („fast alle Ölproduzenten haben noch ernste wirtschaftliche Schwierigkeiten“), um dafür den Westen um so harscher zur Kasse zu bitten.

Überhaupt verschwendet der *Report* kein Wort über die Notwendigkeit, den Ärmsten unter den Armen Sonderpreise für Öl einzuräumen. Doch ohne derlei Abschlag, würde ein „massiver Kapital-Transfer“ nur die Zahlungsfähigkeit des Südens und damit die Monopol-Position der Opec stärken. Das Fazit des britischen UN-Beraters Hans Singer: „Ein indirekter Ressourcen-Transfer an die Opec.“

*Zweitens* hätte der *Report* die Frage wirklich beantworten sollen, die er selbst stellt: „Warum sollten die Staaten des Nordens, die zögern, in Zeiten der Stagflation die eigene Wirtschaft anzukurbeln, sich von einer Stimulierung auf dem Umweg über die Entwicklungsländer mehr versprechen?“ In der Tat: Warum sollte Nachfragestimulierung à la Keynes plötzlich weltweit halten, was sie schon im nationalen Rahmen nicht mehr verspricht — nachdem fast alle Regierungen des Westens (mit Ausnahme von Frankreich unter Mitterrand) diesem inflationstreibenden Instrument abgeschworen haben?

Die verschwommene Antwort der Kommission: Was an Exportnachfrage hereinkommt, schafft zusätzliches Einkommen im Norden, das dann wieder die Importe beflügelt. Daraus folgt die schlichte Gleichung: Export-Sog minus Import-Entlastung gleich null Inflation. Nur: Dann wäre freilich auch der Expansionseffekt gleich Null. Die Arbeitsplätze, welche die Exportindustrie hinzugewinne, gingen in den importgeschädigten Industrien wieder verloren.

Wie mit derlei Rechenkunststücken brachliegende Maschinen im Norden wieder zum Summen gebracht werden sollen, bleibt das Geheimnis der Kommission.

*Drittens*: Was der Global-Keynesianismus wirklich leisten könnte, würde paradoxerweise weder dem Norden noch dem Süden helfen. Der Transfer von Kaufkraft an die Armen des Südens würde sich im Norden als Nachfrage für Niedriglohn-Produkte niederschlagen; Nahrungsmittel, Kleidung, Baumaterial, simple Konsum- und Investitionsgüter. Der Norden würde also genau das weiterproduzieren, was er im Rahmen einer sinnvollen Arbeitsteilung dem Süden überlassen sollte; die Süd-Staaten würden genau das einkaufen, was sie im Dienste der eigenen Industrialisierung selbst fabrizieren müßten. Und Arbeitsteilung heißt: Der Norden lenkt seine Mittel in den fortgeschrittenen Hoch-Technologie-Sektor, der Süden gewinnt dafür Märkte, in denen er auf Grund seiner niedrigeren Löhne einen natürlichen Vorteil besitzt. Dies ist kein neokoloniales Helotenum, sondern — siehe Taiwan und Korea — der wichtigste Schritt in Richtung Industrialisierung.

*Schließlich*: Die Brandt-Kommission hat viel Papier mit Empfehlungen zur Reform des Weltwirtschaftssystems und zum dringenden Sinnes-

Quelle

Datum

wandel im Norden bedrückt. Gegenüber dem Süden blieb sie ebenso devot wie gegenüber dem Sowjet-Block. Denn: Sie wollte „keineswegs sagen, daß innenpolitische Veränderungen (im Süden) Voraussetzungen für Reformen der globalen Ordnung sein müssen.“ Dies war eine allzu timide Selbstbeschränkung, die der geistige Doyen der Entwicklungspolitik, der schwedische Nationalökonom und Nobelpreisträger Gunnar Myrdal, nicht mehr gelten lassen will. Er hat inzwischen einen Sinneswandel an sich selbst vollzogen („das ist kein angenehmer Prozeß“), der sich auf die Formel zuspitzt: Mehr Geld für die Armen mag den Herrschenden helfen, aber nicht ihren Untertanen.

„Wir reden höflich und artig von einer neuen Weltordnung“, sagte Myrdal vor Jahresfrist. „Aber uns fehlt der Mut, der Dritten Welt zu sagen, daß die neue Ordnung in ihren eigenen Ländern beginnen muß. Eine Militärdiktatur nach der anderen taucht auf. Revolutionen führen über kurz oder lang zu noch schwärzeren Reaktionen, als es davor gab. Die Korruption wächst und wächst, und unsere Hilfsgelder fließen direkt in die Taschen einer Elite, die wir noch dazu auf unseren Universitäten selbst ausgebildet haben.“ Sein Fazit: „Katastrophenhilfe, eine internationale Feuerwehrt zum Einsatz gegen Armut und Not, das ist heute die einzig mögliche, die einzig sinnvolle Art der Entwicklungshilfe.“

## IV.

Die Originalität des Brandt-Berichts liegt in dem Versuch, das moralisch Notwendige in die Sprache der Realpolitik zu kleiden: den Armen zum eigenen Nutzen helfen.

Nur: Die Interessen von Nord und Süd sind nicht deckungsgleich; das beweisen zahllose Konferenzen vor Cancun, die im Hader auseinandergehen. So wurde der Versuch zur Versöhnung, Einigkeit durch einen schieren Willensakt zu eringen. „Es ist nicht genug“, warnten die Mitglieder der Kommission, „um Tische herumsitzen und wie Gestalten in einem Tschschow-Stück über unlösbare Probleme zu reden.“

Es reicht freilich ebensowenig aus, das Gute zu wollen und dabei Konflikte zu vernebeln. Interessen müssen versöhnt oder zumindest in einen Kompromiß gebunden werden, sonst sind Lösungen nicht von Dauer. Dies aber erfordert, daß Interessen überhaupt erst artikuliert werden — dann beginnt der langsame, mühsame Handel.

Wer aber sprach für die Interessen des Nordens? Zehn Mitglieder der Kommission — die Mehrheit — kamen aus dem Süden. Die meisten Nord-Repräsentanten, darunter vier Spitzenpolitiker außer Amt und Würden (Brandt, Heath, Palme, Pisani) sind überzeugte Internationalisten — „Pseudo-Südstaatler“, wie sie der englische Entwicklungsexperte Dudley Seers nennt. Und keiner von ihnen trug politische Verantwortung.

Um das Problem zu karrikieren: Es war, als hätte sich da ein unabhängiger Wirtschaftsrat zusammengesetzt, dessen Mehrheit aus Gewerkschaftsführern besteht — und der Rest aus „Kapitalvertretern“ wie Norbert Blüm und dem Sozial-Visionär Hannsheinz Porst. Sie wären gewiß mit der Übereinkunft auseinandergegangen, daß den Arbeitnehmern „massive“ Lohnerhöhungen zustehen und die Gewerkschaften mehr Einfluß über die Geld- und Wirtschaftspolitik gewinnen müssen. Nur: „konzertierte Aktion“ oder eine realistische Konjunkturpolitik wäre so nicht zum Programm gereift.

Es genügt eben nicht, Tschschow zu vermeiden, wenn draußen weiterhin die Ionescos die Bühnenvorlagen schreiben. Dann bleibt es beim Dialog der Gehörlosen. Was nützt es, wenn das algerische Kommissionsmitglied Layachi Yaker den englischen Ex-Premier Edward Heath überzeugt? Auf Margaret Thatcher kommt es an.

Und auf eine praktische Politik, die Moral leidenschaftslos mit Interesse verknüpft. Denn: „Was die Lebensumstände des größeren Teils verbessert, kann nicht zum Schaden des Ganzen gereichen. Eine Gesellschaft kann gewiß nicht gedeihen und glücklich sein, wenn die Mehrheit ihrer Mitglieder in Armut und Elend lebt.“ Die Botschaft entstammt nicht dem Brandt-Report, sondern der Feder des Erzkapitalisten Adam Smith (*The Wealth of Nations*). Sie ist über 200 Jahre alt; sie muß immer wieder erneuert werden.

## Literatur zum „Brandt-Report“

Peter T. Bauer: *Equality, the Third World, and Economic Delusion*, London, 1981

Juergen B. Donges: „Der Nord-Süd-Dialog in der Sackgasse? Eine Nachlese zum Brandt-Report“, Kieler Diskussionsbeiträge, August 1981

Herbert Giersch: „Kritisches und Positives zu den Forderungen nach einer Neuordnung der Weltwirtschaft“, Kieler Diskussionsbeiträge, März 1978

P. D. Henderson: „Survival, Development and the Report of the Brandt Commission“, *The World Economy* (Amsterdam), Juni 1980

Irving Kravis: „Real GDP Per Capita for More than One Hundred Countries“, *The Economic Journal*, Juni 1980

*Third World Quarterly* (London), Oktober 1980: Beiträge von A. G. Frank, Dudley Seers, Hans Singer, Sanjaya Lall und Sidney Dell

World Bank: *World Development Report*, Washington, August 1981

E 67600